



Israelreport

5 | 2012

Das Magazin von Israelnetz. Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten

Ägypten, quo vadis?

Editorial

„Was wir uns wünschen sollten“

Liebe Leser,

die muslimischen Journalisten wussten genau, was sie taten, als sie Anfang September Ausschnitte des amerikanischen Films „Die Unschuld der Muslime“ im ägyptischen „Al-Nas-Fernsehen“ ausstrahlten. Das „Al-Nas-Fernsehen“ wird von Saudi-Arabien finanziert und ist konservativen Salafiten verbunden. Ganz bewusst machten sie einen schlecht gemachten Spielfilm einer breiten muslimischen Öffentlichkeit zugänglich, die ihn im Internet niemals ausfindig gemacht hätte. Wäre es diesen Medienleuten tatsächlich um die Ehre ihres Propheten gegangen, sie hätten „Die Unschuld der Muslime“ verschwiegen. Die weltweiten blutigen Unruhen mit mittlerweile mehreren Dutzend Toten waren vorhersehbar – und der verschüchterte Rückzug des einst „christlichen Abendlandes“ ebenfalls.

Mit großem Weitblick, langem Atem und viel Schläue verfolgen die Muslimbrüder seit bald einem Jahrhundert ihr Ziel: ein „islamisches Kalifat mit der Hauptstadt Jerusalem“ und die Weltherrschaft des Islam. Meilensteine auf diesem Weg sind die in jüngster Zeit offen geforderten „Vereinigten Arabischen Staaten“ und die Vernichtung des jüdischen Staates Israel. Mittel sind unter anderem die Einschüchterung des humanistisch geprägten Westens. Der so genannte „arabische Frühling“ hat die Muslimbruderschaft einen großen Schritt vorangebracht. Die vom Westen gestützten säkularen Diktaturen fallen eine nach der anderen. Auf demokratische, kaum anfechtbare Art und Weise ist die Scharia auf dem Vormarsch.

Und wir? Wissen wir, was wir wollen? Oder wissen wir nur, was wir nicht wollen? – Ich möchte Ihnen als Gesprächsbeitrag ein paar Vorschläge dafür unterbreiten, was wir eventuell wollen sollten:

Wir wünschen uns gegenseitige Achtung der Würde eines jeden Einzelnen, besonders für denjenigen, der anders denkt und Anderes glaubt. Das gilt für uns, wenn wir über den Islam

und seine Anhänger reden. Das muss aber auch gelten, wenn Muslime von den Dingen reden, die Nichtmuslimen heilig sind.

Wir wünschen uns Freiheit für jeden. Das gilt nicht nur, wenn sich ein Christ entscheidet, zum Islam zu konvertieren. Das muss auch gelten, wenn sich Muslime für Jesus Christus als ihren Herrn und Erlöser entscheiden. Das darf nicht nur für den Bau von Moscheen in Deutschland oder Frankreich, sondern muss auch für den Bau von Kirchen in Ägypten oder Saudi-Arabien gelten.

Wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen, die Vernichtung des jüdischen Staates gefordert und Juden als „Nachfahren von Affen und Schweinen“ bezeichnet werden, sollten unsere Politiker und Diplomaten nicht nur höflich die Augen niederschlagen, sondern den Mund aufmachen. Für jemanden, der die Bibel als Wort Gottes ernst nimmt, ist die Verhöhnung des jüdischen Volkes ebenso schlimm, wie für einen Muslim die Veräppelung Mohammeds.

Wenn Menschen gekreuzigt werden, nur weil sie nicht hinreichend islamisch sind, oder Konvertiten zum Christentum vor laufender Kamera der Kopf abgeschnitten wird, dürfen wir nicht wegsehen, weil derartige Bilder nicht jugendfrei wären. Wir müssen von unseren Vertretern in der Öffentlichkeit einfordern, dass sie für unsere Werte und Interessen eintreten – notfalls auch mit spürbarem Nachdruck gegenüber denen, die sie mit Füßen treten.

Mit herzlichem Gruß,

Ihr Johannes Gerloff



Inhalt

Editorial:	„Was wir uns wünschen sollten“	2
Titel:	Ägypten, quo vadis?	3
Gesellschaft:	Friedenstaube geht ins Netz	6
Zeitgeschichte:	Irrtum und Missachtung der „Teheran-Kinder“	8
Hintergrund:	Islamische Debatte um Selbstmordanschläge	10
Dialog:	Leser fragen – Korrespondenten antworten	12
Meldungen:	Die Olmert-Saga	13
Arabische Welt:	Aus für Schmuggeltunnel?	14
Betrachtung:	Israel und Gemeinde	15

Impressum
Herausgeber:
Christlicher Medienverbund KEP e.V.
Postfach 1869, D-35528 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 9 15 151 | Telefax (0 64 41) 9 15 157
www.israelnetz.com
editor@israelnetz.com
Bankverbindung
Konto: 40983210, BLZ: 513 900 00,
Volksbank Mittelhessen eG
Vorsitzende: Margarete Hühnerbein
Geschäftsführer: Wolfgang Baake
Redaktionsleitung: Egmond Prill,
Johannes Gerloff (stv.)
Redaktion: Moritz Breckner, Daniel Frick,
Elisabeth Hausen, Dana Nowak, Martina Schubert
Der Israelreport erscheint als Beilage des
Christlichen Medienmagazins pro.
Titelfoto: picture alliance

Titel

Ägypten, quo vadis?

Als Dr. Mohammed Mursi im Juni sein Amt antrat, hielten viele den Ingenieur und Dozenten, der in den USA studiert hat, für uncharismatisch, ja einfältig, jedenfalls aber für schwach – vor allem im Blick auf das traditionell allmächtige Militär. Doch dann erwies sich der Mann, der am 25. August 1951 als Mohammed Mursi Issa al-Ajjat in einfachsten Verhältnissen im Nildelta geboren worden war, als gewiefter Realpolitiker. || Johannes Gerloff



Foto: Johannes Gerloff

Die Machtverhältnisse auf der zerklüfteten Sinai-Halbinsel sind ungeklärt.

Jahrzehntelang war die Muslimbruderschaft, in der Mursi als Hardliner und Ideologe galt, unter Hosni Mubarak verboten gewesen, wurde gegängelt und brutal verfolgt. Die Generäle der alten Garde glaubten, die Zügel fest in der Hand zu haben, um die Verfassung und damit die Zukunft ihres Landes festzuschreiben zu können. Doch dann wechselte der streng gläubige Universitätslehrer, kaum eineinhalb Monate im Amt, die gesamte Militärführung aus. Beobachter vermuten, dass die Obama-Administration bei der unblutigen Machtübergabe die Finger im Spiel hatte.

Arabische Webseiten berichten, die Muslimbrüder setzten säkulare Medien massiv unter Druck. Mitte August machten Berichte die Runde, Gegner der Islamisten würden misshandelt, gefoltert und „nackt an Bäume gekreuzigt“. Doch derartige Gerüchte bewegen den Durch-

schnittsägypter kaum. Der neue Präsident weiß das Herz seines Volkes zu gewinnen, indem er für öffentliche Ordnung sorgt. Ganz Ägypten konnte im Fernsehen mitverfolgen, wie der berühmte Mafiaboss und brutale Handlanger des alten Regimes, Sabri Nachnuch, in Handschellen abgeführt wurde. Jeder weiß: Der neue Präsident fürchtet nur Allah allein. Drei Viertel aller Ägypter, so eine jüngste Umfrage, sind mit ihrem neuen Präsidenten zufrieden.

Machtvakuum Sinai

Der idyllische Landzipfel am Nordwestende des Indischen Ozeans mit seinen atemberaubenden Gebirgslandschaften, weiß schillernden Dünen, azurblauen Wassern und einzigartigen Korallenriffen ist nicht nur beliebtes Urlaubspara-

dies für Sonnenhungrige und geschichtsträchtige Fundgrube für Geologen, Archäologen und Historiker, sondern seit jeher auch Eldorado für Schmuggler, Flüchtlinge und Terroristen.

Am frühen Abend des 5. August eröffneten schwer bewaffnete und maskierte Dschihad-Kämpfer das Feuer auf ägyptische Soldaten, die in einer Armeestellung in der Grenzstadt Rafah im Nordosten der Halbinsel das Ramadan-Fasten brachen. Sie töteten 16 ägyptische Grenzer, brachten zwei Schützenpanzer in ihre Gewalt und durchbrachen beim Grenzübergang Kerem Schalom die Befestigungen zu israelischem Gebiet. Dort wurden die Angreifer von der israelischen Armee gestoppt und getötet.

Dieser Vorfall führte zu Irritationen im Verhältnis zwischen der palästinensischen Hamas, die den Gazastreifen beherrscht, und ihrer Mutterorganisation,



Seit dem Wahlsieg der Muslimbrüder fürchten Ägyptens Christen die Einführung muslimischen Rechts in ihrem Land. Im Bild: Ägypter mit einem Tattoo des Koptischen Kreuzes.

der ägyptischen Muslimbruderschaft. Uralte Feindschaften zwischen Ägyptern und Gazabewohnern traten offen zu Tage. Die Hamas wurde offen beschuldigt, den Sinai erobern zu wollen und ihre Waffenarsenale auf der Halbinsel zu deponieren, um sie israelischen Angriffen zu entziehen.

Im Rückblick erwies sich dieser Anschlag aber vor allem anderen als Auslöser des Dominoeffekts, der die alten Machthaber am Nil überraschend schnell zu Fall brachte. Drei Tage nach dem Anschlag schickte Mohammed Mursi den verantwortlichen Geheimdienstchef in die Wüste; kurz darauf die gesamte Militärführung.

Mit der „Operation Adler“ strömten Hunderte von Soldaten mit Panzern und Kampfhubschraubern auf die Halbinsel, die nach dem israelisch-ägyptischen Friedensvertrag eigentlich demilitarisiert sein sollte. Die ägyptische Militäroffensive sollte „Kriminelle konfrontieren“ und „Sicherheit und Stabilität wiederherstellen“. In Israel beobachtete man den Aufmarsch im Sinai mit Stirnrunzeln, hätten die Ägypter eine solche Militäraktion laut Friedensvertrag doch eigentlich mit den Israelis absprechen müssen.

Ende August zog die ägyptische Armee ihr schweres Kriegsgerät dann aber wieder zurück. Auf einer Pressekonferenz verkündete sie, den Extremisten einen entscheidenden Schlag zugefügt zu haben. Unabhängige Stimmen im Sinai bezweifelten die Erfolgsdarstellungen. Inzwischen gestanden ägyptische Sicherheitsexperten offen ein, der Truppenrückzug sei eine Reaktion auf ame-

rikanischen, israelischen und extrem-islamistischen Druck gewesen. Nach ihren Einschätzungen verstecken sich noch 500 Dschihad-Kämpfer im extrem schwer zugänglichen Zentralsinai.

Mohammed Mursi nutzte das offensichtliche Versagen der ägyptischen Armee, um unter Beweis zu stellen, dass er Terror bekämpft. In den Augen seiner eigenen Bevölkerung, die das Friedensabkommen mit Israel als Kapitulation betrachtet, konnte er glaubhaft machen, dass Ägypten der Souverän im Sinai ist.

Neuorientierung in der Außenpolitik

Mit neuem Gesicht meldet das Land der Pharaonen einen uralten Vormachtanspruch im Orient an. Im blutigen Konflikt zwischen der Minderheitenkoalition unter Führung der Alawiten mit den Dschihadisten aus aller Welt, denen sich auch die Muslimbruderschaft verbunden weiß, bezieht der neue ägyptische Präsident unerschrocken Stellung: „Assad muss weg!“

Auf dem Rückweg von seinem Antrittsbesuch in China legte Mursi Ende August einen Zwischenstopp im Iran ein, eigentlich nur um den Vorsitz der Bewegung blockfreier Staaten abzugeben. Zur Lösung der Syrienkrise schlug er in einer viel beachteten Rede die Bildung eines „islamischen Quartetts“ vor. Gemeinsam mit Saudi-Arabien und der Türkei sollten Ägypten und der Iran fertigbringen, wozu die Arabische Liga nicht in der Lage war. „Ägypten wird seine Außenbezie-

hungen vollkommen neu gestalten“, erklärte der Sprecher des Präsidenten, Jasser Ali. Mursi nimmt einen Altverbündeten der USA, das islamisch erzkonservative Saudi-Arabien, an der Hand und geht auf dessen schiitischen Erzfeind, den Iran, zu. Dabei verfolgt der, der dem humanistisch geprägten Abendland eigentlich zutiefst unheimlich sein sollte, erklärt westliche Interessen, nämlich ein Ende des Blutvergießens in Syrien.

Den Iranern bietet der ägyptische Präsident Hilfe beim Ausbruch aus der weltweiten Isolierung und eine Vermittlung zwischen den verfeindeten Persern und Arabern, unter der Bedingung, dass Teheran seinen Vasallen in Damaskus fallen lässt. Wenn nicht, droht Mursi gar mit einer westlichen Intervention.

Vor allem in Israel wirft man ein kritisches Auge auf nukleare Ambitionen Ägyptens. Anfang Juli reichte das Energieministerium Pläne für den Bau eines Atomreaktors im Nildelta ein. Nach Israel und dem Iran hat Ägypten eines der fortschrittlichsten Nuklearprogramme in der Region.

Bereits 2006 hatte Hamdi Hassan, Sprecher der Muslimbrüder im ägyptischen Parlament, verkündet: „Wir Ägypter sind bereit, dafür zu hungern, um eine Atomwaffe zu besitzen, die eine echte Abschreckung und entscheidend im arabisch-israelischen Konflikt sein wird.“ Drei Jahre später erklärte der führende Theologe der Muslimbruderschaft, Scheich Jussuf al-Karadawi, die muslimischen Nationen müssten Atomwaffen erlangen, „um unsere Feinde mit Terror zu schlagen“.

Proteste Israels gegen einen geplanten Verkauf deutscher U-Boote an Ägypten wies Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière schroff zurück: Kein Land der Welt habe ein Veto-Recht gegenüber Entscheidungen der Bundesregierung.

Dabei macht die Muslimbruderschaft aus ihren langfristigen Zielen kein Hehl. Mitte August erklärte der Geistliche Safwat Hidschasi, der zu den wortgewaltigsten Unterstützern Mursis gehört: „Eine der unwiderruflichen Lehren der Muslimbruderschaft ist das Ziel der Welt-herrschaft. Ja, der Tag wird kommen, an dem wir die Herren der Welt sein werden.“

Mursis Ägypten und Israel

Im Blick auf den jüdischen Staat muss Ägyptens neuer Präsident einen Spagat zwischen pragmatischen Zwängen und

ideologischer Festlegung machen. Gegenüber dem Westen betont er, sein Land werde sich an internationale Verträge halten, was von wohlgesinnten Beobachtern als Hinweis auf den Friedensvertrag mit Israel interpretiert wird.

Trotzdem betrachtet die Muslimbruderschaft Israel nach wie vor als „rassistischen und auf Expansion bedachten Staat“. Bei jeder passenden Gelegenheit bezeichnet Mursi Jerusalem als „einen der empfindlichsten und schwierigsten Punkte in der palästinensisch-israelischen Frage“ und „Palästina [als] Toppriorität für alle Araber“. Angesichts der Zigtausenden von Toten im arabischen Frühling, die den israelisch-arabischen Konflikt längst in den Schatten stellen, sind derartige Aussagen unlogisch. Allerdings stellt sich Mursi damit in einen eindeutigen Zusammenhang.

Professor Gamal Sahan, leitender Politologe an der Universität von Port Said, erklärte am 17. August im „Al-Alam-Fernsehen“: „Jerusalem ist das Herz der Palästinafrage und Palästina das Anliegen aller Araber und Muslime“. Deshalb stehe „die Vernichtung der zionistischen Größe außer Frage“. Der ägyptische Politikprofessor scheut sich nicht einmal, diesem politischen Ziel einen Zeitrahmen zu setzen: „Nächstes Jahr, so Allah will, wird Israel vernichtet sein“.

Mursis auffallende Weigerung, den Namen „Israel“ auszusprechen und seine Aussagen im Blick auf die Bedeutung des israelisch-arabischen Konflikts stehen in einem Kontext, den der „Cheftheologe“ der Muslimbruderschaft, Scheich Jussuf al-Karadawi, bereits im Februar 2011 un-

mittelbar nach seiner Rückkehr aus vier Jahrzehnten Exil bei den Siegesfeiern auf dem Tahrir-Platz in Kairo auf den Punkt brachte. Er meinte, es sei Aufgabe der Muslime, die Juden „zu strafen“, „so wie Hitler das im Holocaust getan hat“.

Mursis Ägypten und seine Christen

Zehn Prozent der insgesamt 82 Millionen Ägypter sind koptische Christen, für die der Wahlsieg der Islamisten ein Schock war. Sie fürchten die Einführung islamischen Rechts.

Traditionell werden die Christen im Nahen Osten gerne als diejenigen gesehen, die „zwischen allen Stühlen sitzen“ – besonders im Blick auf Israel. Möglicherweise ist die Generalverdächtigung seitens des Islam, der Christen und Juden in einen Topf wirft, ein Beweggrund für die antijüdische Einstellung orientalischer Christen? Vielleicht aber findet darin auch ein christlicher Judenhass Ausdruck, der bis weit vor die Entstehung des Islam zurückgeht?

Papst Schinuda III. verhängte schon 1979 als Protest gegen das israelisch-ägyptische Friedensabkommen einen Bann über seine Gläubigen, sollten diese den Staat Israel besuchen. Noch 2007 hatte er westlichen Kirchen vorgeworfen, den „Christusmördern“ ihre Tat zu vergeben. Bis dato droht koptischen Jerusalem-Pilgern der Ausschluss vom heiligen Abendmahl.

Trotzdem geraten Christen in Ägypten zunehmend unter Druck. Abgese-

hen von spektakulären Bombenanschlägen auf Kirchen, die auch in westlichen Medien Aufmerksamkeit fanden, werden die Kopten zunehmend verfolgt: Häuser und Geschäfte werden beschossen, Kinder und Mädchen geraubt und erst wieder gegen hohe Lösegelder freigegeben. Nicht selten werden die Entführten auch gefoltert, vergewaltigt, zum Übertritt zum Islam gezwungen und verklagt.

Mittlerweile werden in ganz Ägypten Neubauten und selbst Renovierungsarbeiten an Kirchen, die bereits offiziell genehmigt wurden, von muslimischen Demonstranten verhindert. Drohbriefe gegen den Verkauf von Kreuzen und Christusbildern sind im Umlauf und in elektronischen Medien sehen sich Christen Hetze und Verleumdungen ausgesetzt. Blasphemievorwürfe können zu jahrelangen Gefängnisstrafen oder gar Hinrichtungen führen. Menschenrechtsorganisationen haben Hunderte von Fällen dokumentiert und verzeichnen eine massive Zunahme seit Beginn des arabischen Frühlings und der Machtübernahme durch die Islamisten.

Ein weiteres Schicksal – von dem der alten christlichen Denominationen zu unterscheiden – ist das der Muslime, die sich zum Christentum bekehren, die Religionsfreiheit also auch als Freiheit interpretieren, die Religion wechseln zu dürfen. Sie werden grausam verfolgt und – etwa durch Enthaupten – hingerichtet. Ein ägyptischer Salafitenführer unterstrich in jüngster Zeit öffentlich den Befehl Mohammeds: „Wer die Religion verlässt, tötet ihn!“ Abfall vom Islam ist ein todeswürdiges Verbrechen. ||

Anzeige



Israelnetz-Kalender 2013 nur 8,90 Euro

Für das Jahr 2013 hat die Israelnetz-Redaktion für Sie wieder eine Auswahl von interessanten Fotos aus dem Heiligen Land zusammengestellt. Die Motive beschäftigen sich diesmal mit dem Schwerpunktthema „Licht“.

Der Israelnetz-Wandkalender hat ein Format von 48x34 cm, ist auf hochwertigem Papier gedruckt und exklusiv bei Israelnetz für 8,90 € zzgl. Versandkosten erhältlich.

Bestellen Sie Ihr persönliches Exemplar per **Telefon (06441) 915 151, Telefax (06441) 915 157** oder im Internet: **www.israelnetz.com**.



Friedenstaube geht ins Netz

„Israel loves Iran“ – Israel liebt den Iran. Das ist der Name einer Friedenskampagne im Internet. Initiiert hat diese Aktion im sozialen Netzwerk „Facebook“ der Tel Aviver Ronny Edry. Das Credo der Bewegung ist: „Iraner, wir werden niemals euer Land bombardieren. Wir lieben euch.“ Das war im März. Mittlerweile schließen sich immer mehr Facebook-Mitglieder den Friedensgruppen an und gründen selbst neue. Im Gespräch mit dem Israelreport erklärt Edry, was hinter seiner Initiative steckt. || Martina Schubert



Fotos: Israel loves Iran, Facebook

Mit diesem Foto begann alles: Ronny Edry und seine Tochter stehen für Frieden.

Im Nahen Osten sprechen wir immer über Gewalt und Krieg. Man sollte taff sein, stark und bereit. Ich wollte einmal etwas anderes probieren“, erklärt der 41-jährige Ronny Edry. „Israel liebt den Iran“ sind keine einfachen Worte im Nahen Osten. Wir sprechen nicht über diese Art von Liebe, es gilt als dumm, kindisch.“

Alles begann Mitte März – zu der Zeit, als die Debatte über einen angeblich geplanten israelischen Angriff auf den Iran wieder laut wurde. Damals rief der Grafikdesigner Edry die Seite ins Leben und lud ein Foto von sich mit seiner Tochter auf dem Arm bei Facebook hoch. Darauf stand: „Iraner, wir werden niemals euer Land bombardieren. Wir lieben euch.“ Die Seite hat mittlerweile mehr als 85.000 Fans. „Jetzt bin ich wahrscheinlich der israelische Kerl mit den meisten iranischen Freunden auf Facebook“, lacht er.

Edry will die festgefahrenen Gedanken über diesen Konflikt verändern. „Der größte Teil der Inhalte in den Medien über den Nahen Osten sind schlechte Nachrichten, negative Bilder. Das einzige Bild, das ich in Tel Aviv vom Iran hatte, war ein Bild von Ahmadinedschad, der die Bombe baut. Das ist ein Bild des Krieges.“ Er vermutete, dass es den Menschen im Iran und weltweit ähnlich geht, wenn sie an Israel denken. „Sie assoziieren mit dem Land Soldaten, Panzer und Flugzeuge. Sie sehen nur die schlechten Bilder. Dann gibt es Krieg.“ Es passierten jedoch Tausende schöne Geschichten im Nahen Osten, von denen keiner wisse. „Für uns alle heißt das, um Frieden zu schaffen, müssen wir diese negativen Bilder mit positiven Bildern bekämpfen.“ Das klingt nach einem einfachen Konzept: Die Gesichter eines Landes, Familien und deren persönliche Geschichten präsentieren. Das ist ein anderer Kanon als der der Politik. „Die Regierung will nämlich, dass wir Israelis und die Iraner Feinde sind. ‚Israelis mögen keine Iranis‘ – das ist deren Botschaft“, sagt der Vater von zwei Kindern. Grund dafür sei: „Sie wollen, dass wir Angst haben, denn dann fragen wir nicht nach anderen Problemen, die wir in Israel haben: soziale und wirtschaftliche Probleme. Diese Probleme machen mir nämlich wirklich Angst.“

Ist Friede über das Internet möglich?

Es ist kein einfaches Vorhaben, Frieden über das Internet zu erreichen – gerade in einem Gebiet, das keine Ruhe findet. Das maßt sich Edry auch nicht an: „Wir in Israel können in die meisten arabischen Länder nicht reisen. Uns ist es nicht erlaubt, nach Syrien, in den Libanon oder in den Iran zu fliegen. Jedoch kann ich mich über das Internet mit den Leuten treffen, mit ihnen reden und mit ihnen befreundet sein. Das ist ein guter Weg, um mit dem Frieden zu beginnen. Es bricht das Eis und schafft Kommunikation. Von diesem Standpunkt aus können wir etwas Größeres und Stärkeres gestalten und dies auch in der Wirklichkeit voran bringen.“

Das macht er auch. Er stellt sein Projekt auf internationalen Tagungen vor. In den ersten drei Oktoberwochen fuhrn zudem 70 Busse durch Tel Aviv, die den Slogan „Wir lieben euch“ als Plakat trugen. So lernen auch Menschen die Botschaft kennen, die kein Facebook nutzen. Das Geld für diese Aktion wurde in einer Online-Spendenaktion gesammelt.

Auf der Facebook-Seite kann jeder Nutzer in den Dialog mit Leuten auf der ganzen Welt treten, politisch diskutieren, Fotos von sich hochladen und Kommentare schreiben. Das kann

Hoffnung machen, inspirieren und Vorurteile abbauen. Es gibt aber auch negative Resonanz. Der Initiator erklärt: „Das kommt ganz automatisch, wenn es um diese Region geht. Dort sind Menschen, die über Frieden reden, und es gibt Leute, die davon nichts hören wollen.“ Konkret sehen die Angriffe so aus: „Oft kommen Leute auf die Seite, die versuchen, die Worte zu sabotieren, sie äußern sich antisemitisch oder rassistisch, veröffentlichen Bilder von toten Menschen. Da diskutiere ich nicht. Die richtig schlimmen Beiträge löschen wir sofort.“ Edry sieht in diesen Vorstößen auch etwas Positives: „Wenn sie sich die Zeit dafür nehmen, dorthin zu kommen, wo Leute über Frieden und Krieg reden, ist das ein Zeichen, dass die Aktion funktioniert.“

Es gibt Personen, die Edry als naiv oder dumm bezeichnen. Dazu sagt er: „Ich war in der Armee als Fallschirmjäger. Ich kenne Militär-Szenarien. Für mich ist der friedliche Weg der, den wir gehen müssen. Weil ich weiß, wie die andere Option, die der Gewalt, aussieht.“ Er wäre froh, wenn diese nicht passiert. „Wenn der Preis dafür ist, naiv genannt zu werden, dann ist das in Ordnung für mich.“

Im Rahmen dieser virtuellen Friedensbewegung starten weitere Seiten. Die Begründerin des palästinensischen Pendants – „Palestine loves Israel“ (Palästina liebt Israel) – nennt sich Joujou, ist Deutsch-Palästinenserin und 30 Jahre alt. Sie wohnt



Liebe trotz aller Restriktionen: ein Iraner und eine Israelin. Die Initiative veröffentlicht nur Fotos, die sie zugesandt bekommt.

in München. Ihre Familie stammt aus Haifa und ist 1948 in den Libanon geflohen. Joujou will anonym bleiben, weil sie von Anfang an viele Droh-Nachrichten auf Facebook bekommen hat. „95 Prozent der Zuschriften sind positives Feedback. Die fünf Prozent negatives, die sind richtig heftig. Ich hätte allerdings mit mehr Gegenwind gerechnet“, erklärt sie gegenüber dem Israelreport. Auf die Frage, ob sie in Deutschland nicht zu weit weg ist, um die Geschehnisse im Nahen Osten beurteilen zu können, sagt sie: „Gerade der räumliche und auch der mediale Abstand zu der ganzen Region bietet ein objektiveres Bild.“

Die Deutsch-Palästinenserin initiierte ihre Seite nur wenige Tage, nachdem Edry mit „Israel loves Iran“ an den Start ging. „Dieser Konflikt zwischen Israel und dem Iran hängt in weiten Teilen mit dem Palästina-Konflikt zusammen. Meiner Meinung nach ist der Dreh- und Angelpunkt des Ganzen der israelisch-arabische Konflikt.“

Joujou veröffentlicht Bilder und Texte mit dem Fokus auf Freundschaft und eine positive Grundhaltung. „Ich weiß genau, dass eine Freundschaft zwischen Israelis und Palästinensern möglich ist und tatsächlich auch stattfindet“, sagt sie und führt als Beispiel das Dorf Neveh Schalom beziehungsweise Wahat el-Salam, die „Oase des Friedens“, an, das zwischen Jerusalem und Tel Aviv liegt. Dort leben beide Parteien gemeinsam in Frieden.

Die Initiatorin weiß: „Viele Menschen haben durch diese Kampagnen großen Mut geschöpft. Dieser Mut ist der erste Schritt. Der nächste Schritt ist, dass wir ins Gespräch kommen. Dazu ist es aber notwendig, dass die Menschen einander wirklich zuhören und offen sind für die Nöte und Ängste des Anderen, die Wurzel dieses Konflikts. Das heißt, dass Araber verstehen, worin das israelische Trauma besteht und auch die Ängste Israels verstehen und dass die Israelis verstehen, worin das arabische Trauma liegt – und zwar ohne Schuldzuweisungen und ‚Wir haben mehr gelitten‘ und ‚Ihr seid die Bösen‘. Das hat uns 60 Jahre lang nicht weitergebracht!“

Diese positiven Erfahrungen hat die Deutsch-Palästinenserin selbst gemacht. Sie führte und führt einen intensiven Dialog mit der Israelin Michal Tamir, der Frau von Ronny Edry. Diesen hat sie auch auf der Seite veröffentlicht. „Ich habe selbst so viel über mich gelernt, über den ganzen Konflikt, über Israel, auch



Ein weiterer Slogan: „Nicht bereit, in eurem Krieg zu sterben“, auf dem Foto: Edrys Ehefrau, Michal Tamir.

Dinge, die mir als Nicht-Jüdin überhaupt nicht so klar waren.“ Sie betrachtet diese Gespräche als „eines der wichtigsten Dinge“, die ihr in letzter Zeit passiert sind.

Schon oft sei es vorgekommen, dass Menschen durch diese Aktion ihre Meinung geändert und begriffen haben, worum es auf der Seite geht, erläutert Joujou. „Es gab einen Iraker, der wirklich extrem hasserfüllt rüberkam, sich vollkommen israelfeindlich geäußert hat. Es waren unglaublich herzliche User auf der Seite, auch viele Israelis, die ihn sehr liebevoll angenommen haben und ihm erklärt haben: ‚Hey, es tut uns so leid, dass du diese Angst hast, dass es dir so schlecht geht.‘ Sie haben ihm sehr viel Liebe entgegen gebracht, ihn virtuell in die Arme genommen und großes Verständnis gezeigt.“ Am Ende sagte er nach Joujous Angaben: „Gegen Juden habe ich ja gar nichts und vielleicht kann ich auch irgendwann mal an den Punkt kommen und sagen ‚I love Israel‘.“ ||

Irrtum und Missachtung der „Teheran-Kinder“

Niemand wollte sie haben. Weder die Nazis, noch die Polen, noch die Sowjets. Etwa 700 jüdische Kinder aus Polen wurden zum Spielball nationaler Selbstsucht und verloren Heimat und Eltern. Ihre vierjährige Flucht führte sie um die halbe Welt, bis die „Teheran-Kinder“ 1943 schließlich in Palästina ankamen. Doch auch in Israel sind sie lange nicht zu ihrem Recht gekommen. || Daniel Frick

Israel wurde als Heimstätte für Juden gegründet, als Schutzraum vor Anfeindungen und Antisemitismus. Doch nicht allen Flüchtlingen half der Staat dabei, in der neuen Heimat Fuß zu fassen – zum Teil, weil er mit dieser Aufgabe überfordert war. Eine auf diese Wei-

te, um seinerseits einer Massenausweisung polnischer Juden aus dem „Dritten Reich“ zuvorzukommen.

Diejenigen, die in Polen keine Angehörigen oder eine Unterkunft hatten, wurden im polnischen Zbaszyn (Bentschen), etwa 100 Kilometer östlich der Oder, in-

Schuss' Familie entging diesem Schicksal. Doch als die Nazis am 22. Juni 1941 die Sowjetunion angriffen, musste sie weiter fliehen. Die Sowjets evakuierten Lemberg und verfrachteten Schuss' Familie zusammen mit vielen anderen ins usbekische Buchara. Auch diejenigen, die in die sibirischen Arbeitslager deportiert worden waren, kamen nun massenhaft in die asiatischen Territorien. Denn nach dem Angriff der Nazis hatten sich die Sowjets mit Polen verbündet und den Gefangenen Amnestie erteilt. Doch die Lebensbedingungen in den dortigen Flüchtlingslagern waren widrig: „Die Flüchtlinge litten an Hunger und Krankheiten. Täglich starben Kinder, ihre abgezeehrten Körper blieben auf der Straße liegen und niemand kümmerte sich darum“, erinnert sich Schuss.

Unter den polnischen Befreiten befand sich auch General Wladislaw Anders, der mit Erlaubnis der Sowjetunion eine polnische Exilarmee gründete. Etwa 33.000 Mann traten ihr bei. Den Männern folgten auch viele polnische und jüdische Kinder, die in den Arbeitslagern ihre Eltern verloren hatten. Sie lebten in der Nähe des Armeelagers, um sich von den Essensresten der Soldaten ernähren zu können. Auf Initiative der Soldaten wurden schließlich für polnische Kinder Versorgungslager und Waisenhäuser eingerichtet. Doch für jüdische Kinder war es „fast unmöglich“, in ein Waisenhaus zu kommen, sagt Schuss. Viele hängten sich ein Kreuz um den Hals und lernten den Katechismus der katholischen Kirche, um als „normale“ Polen durchzugehen. Auch Schuss' Eltern brachten ihn und seine vier Jahre ältere Schwester in das einzige Waisenhaus für Juden im usbekischen Samarkand. Sie merkten, dass sie nicht mehr in der Lage waren, sich um ihre Kinder zu kümmern.



Nach vierjähriger Odyssee kommen die „Teheran-Kinder“ in Atlit bei Haifa an. Die tropische Kleidung spendierte ihnen eine reiche jüdische Familie beim Aufenthalt in Karachi.



Foto: Yad Vashem Fotoarchiv

se ausgegrenzte Gruppe sind die „Teheran-Kinder“. Ihre Geschichte ist ein selten erwähnter Aspekt der Judenverfolgung kurz vor und während des Zweiten Weltkriegs.

Ihren Anfang nahm diese Geschichte im „Dritten Reich“ mit der „Polenaktion“: Ende Oktober 1938 schoben die Nazis in einer Nacht-und-Nebel-Aktion etwa 17.000 Juden, die polnische Staatsbürger waren, aus dem Deutschen Reich nach Polen ab. Mit dieser Aktion reagierten die Nazis auf die verschärften Einreisebedingungen, die Polen 1938 erlassen hat-

terniert. Doch auch die in Polen bereits lebenden Juden mussten nach dem Angriff der Nazis auf Polen am 1. September 1939 die Flucht ergreifen. So auch die Familie von Zeev Schuss, eines der „Teheran-Kinder“ und heute Mathematikprofessor in Tel Aviv. Seine Familie lebte in Krakau, von wo sie 1939 vor den Nazis nach Lemberg floh, das damals die Sowjets nach ihrem Polenfeldzug eingenommen hatten. Von dort wurden viele Polen und Juden mitsamt ihrer Kinder von den Sowjets in Arbeitslager nach Sibirien verschleppt.

Das Ziel der Anders-Armee war Ägypten, wo sie sich der britischen Armee anschließen sollte. Die Sowjetunion erlaubte, dass eine begrenzte Zahl von etwa 11.000 Zivilisten, meist Angehörige der Soldaten und (Waisen-)Kinder, mit der Armee mitzog, um den widrigen Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern zu entkommen. Schuss' Eltern sahen darin, wie viele andere auch, eine einmalige Gelegenheit, ihre Kinder nach Palästina zu bringen, wo sich Verwandte um diese kümmern könnten. Und so schlossen sich Schuss, damals fast fünf Jahre alt, und seine fast zehnjährige Schwester zusammen mit 3.000 weiteren polnischen und jüdischen Kindern, dem Zug der Armee an.

Von Samarkand ging es zum Kaspischen Meer und dann per Schiff unter schlimmen hygienischen Bedingungen in die iranische Hafenstadt Bandar Pahlawi (heute: Bandar Anzali). Doch in den dortigen Flüchtlingszelten waren die Umstände nicht viel besser als auf der Reise, es fehlte etwa an Medizin und Proviant. Nach einigen Tagen Aufenthalt fuhren

Durchreise verwehrte, ging es zunächst südlich zum Persischen Golf und dann per Schiff nach Karachi im heutigen Pakistan. Nach kurzem Aufenthalt schifften sie von dort aus nach Suez in Ägypten, und mit dem Zug kamen sie schließlich am 18. Februar 1943 in Atlit bei Haifa an.

In Palästina wurden die Kinder medizinisch versorgt. Diejenigen, die Verwandte in den jüdischen Siedlungen hatten, kamen dort unter. Die anderen lebten in Waisenhäusern und erhielten dort Unterricht – immerhin hatten sie eine Bildungslücke von vier Jahren aufzuholen. Im Unabhängigkeitskriegs 1948/49 kämpften viele von ihnen in der Armee mit, 35 fielen im Kampf.

Nach dem Krieg stand der Staat Israel kurz vor dem Ruin: der Krieg war teuer, die Wirtschaft lag brach, und hunderttausende jüdischer Flüchtlinge aus Europa und den arabischen Ländern mussten versorgt werden. Erleichterung versprach das „Luxemburger Abkommen“ vom September 1952: Demnach zahlte Deutschland an Israel Reparationen, um für die Kosten der Eingliederung von Ju-

den erlitten hatten, Pensionen bekommen, die aus den Reparationen Deutschlands finanziert wurden. Doch die „Teheran-Kinder“ galten damals nicht als Holocaust-Überlebende und erhielten diese Zahlungen daher nicht. Erst im Jahr 1997 wurden sie offiziell als Holocaust-Flüchtlinge anerkannt.

Ein weiterer Schritt der Anerkennung der „Teheran-Kinder“ erfolgte im August dieses Jahres durch ein Gerichtsurteil, das Beobachter als „moralisch und rechtlich historisch“ ansehen. Ein Tel Aviver Gericht entschied, dass den „Teheran-Kindern“ damals die Reparationen Deutschlands zugestanden hätten. Schon im Jahr 2004 hatten einige von ihnen Klage erhoben. Nach dem nun gefällten Urteil bekommen sie je eine Nachzahlung von umgerechnet etwa 15.430 Euro.

Für Schuss hat das Urteil und diese symbolisch zu verstehende Zahlung einen ambivalenten Nachgeschmack. Einerseits würden damit die Fehler, die der Staat gemacht habe, anerkannt. Das Urteil sei eine „moralische Rehabilitation“ der „Teheran-Kinder“. Er gesteht auch zu,



Foto: Yad Vashem Fotoarchiv



Foto: Jüdischer Nationalfonds

Das linke Bild zeigt die „Teheran-Kinder“ bei der Durchreise in Hadera, etwa 35 Kilometer vor dem Reiseziel Atlit. In Palästina angekommen mussten sie die vier Jahre an verpasster Bildung nachholen.

die Kinder mit der Armee nach Teheran, wo die Soldaten eine militärische Ausbildung erhalten sollten. Die Jungen und Mädchen kamen in ein Zeltlager. Auch dort gehörten Hunger, Krankheiten und Tod zum Alltag, berichtet Schuss. Hinzu kamen die antisemitischen Anfeindungen der polnischen Kinder.

Für die jüdischen Kinder änderte sich das Schicksal erst, als die Gesandtschaft der „Jewish Agency“ in Teheran davon erfuhr, dass sich unter den polnischen Flüchtlingen auch viele Juden befanden. Sie setzte sich zunächst für die Verbesserung der Lebensbedingungen ein und organisierte schließlich im Januar 1943 die Ausreise nach Palästina. Da der Irak die

den, die vor den Nazis geflohen sind, aufzukommen. Insgesamt sollte Deutschland über einen Zeitraum von 14 Jahren 3,5 Milliarden Deutsche Mark an Reparationen leisten. Laut dem Abkommen waren die Zahlungen als individuelle Hilfeleistungen gedacht. Doch wegen der wirtschaftlichen Krise verwendete die Regierung unter David Ben-Gurion das Geld für die Ankurbelung der Wirtschaft. Die Flüchtlinge selbst, darunter die „Teheran-Kinder“, erhielten keine direkten Hilfeleistungen.

Im Jahr 1957 verabschiedete Israel ein Gesetz, nach dem Überlebende des Holocausts, die durch die Verfolgung der Nazis physische und psychische Schä-

dass es nicht eher zu dem Richterspruch habe kommen können, da viele relevante Dokumente lange nicht zugänglich gewesen seien.

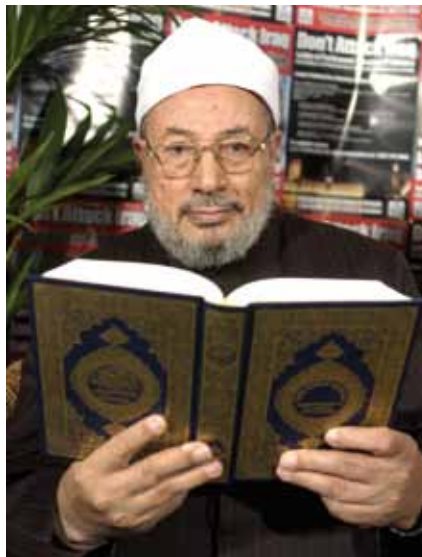
Andererseits sieht er die „Teheran-Kinder“ nicht als Gewinner. Ihnen stünde eigentlich mehr zu, etwa die jahrzehntelang nicht gezahlten Pensionen für Holocaust-Überlebende. „Aber das ist sinnlos“, winkt Schuss ab. „Wir sind zu alt, um den Rest unseres Lebens damit zu verbringen, gegen Windmühlen zu kämpfen. Letztendlich hat der Staat gewonnen, indem er die ihm Anvertrauten um ihre Rechte gebracht hat und mit der Zahlung von Peanuts aus der Sache herausgekommen ist.“ ||

Hintergrund Islam

Islamische Debatte um Selbstmordanschläge

Einflussreiche muslimische Gelehrte, die die Terroranschläge des 11. September 2001 als unislamisch verurteilt haben, rechtfertigen gleichzeitig palästinensische Selbstmordattentate als legitimes Mittel des Widerstands gegen einen als übermächtig empfundenen israelischen Feind. Selbstmordattentäter werden als „heroische Märtyrer“ gefeiert, die direkt ins Paradies eingehen. Dabei verbietet der Koran Selbstmord und die islamische Überlieferung droht den Selbstmördern mit der Hölle. Wie passt das zusammen? || Carsten Polanz

Wenn Jussuf al-Karadawi, der populäre Fernsehprediger und derzeit wohl einflussreichste islamische Gelehrte, einzelne islamistische Terroranschläge wie die von New York, Madrid und London verurteilt, beschreibt er den Islam gerne als „Religion der Toleranz“ und des Friedens, in der der Zweck nicht die Mittel heiligt und der Angriff auf unschuldige Menschen als „schreckliches Verbrechen“ gilt. Gleichzeitig rechtfertigt Al-Karadawi aber palästinensische Selbstmordattentate als „heroische Märtyreroperationen“. Auf einer Konferenz muslimischer Gelehrter in Stockholm begründete er im Juli 2003 diese Ausnahme damit, dass es sich bei der israelischen Gesellschaft um eine „militärische Gesellschaft“ von „Invasoren“ und „Besatzern“ handle, in der jene, „die sie ‚Zivilisten‘ nennen, [...] im Endeffekt ‚Soldaten‘ in der Armee der Söhne Zions“ seien. Demnach befinden sich Palästinenser angesichts ihrer militärischen Unterlegenheit in einer „Situation der Notwendigkeit“, in der sie auch das tun dürften, was ihnen unter normalen Umständen verboten wäre. Laut Al-Karadawi hat Allah diese „einzige Waffe“ ausschließlich den „Männern des Glaubens“ anvertraut. Keine Waffe könne den Feind besser „verletzen, vom Schlaf abhalten und ihm ein Gefühl der Sicherheit und Stabilität rauben“ als „diese menschlichen Bomben – ein junger Mann oder eine junge Frau, die sich selbst inmitten ihrer Feinde in die Luft jagt“. Die Tötung unschuldiger Kinder sei dabei nicht beabsichtigt, sondern den „Notwendigkeiten des Krieges“ geschuldet. Mithilfe dieser Operationen sollen Muslime nach Al-Karadawis Vorstellungen ausgerechnet den Sieg Davids gegen Goliath wie-



Jussuf al-Karadawi

derholen, wie er nicht nur in der Bibel, sondern auch im Koran geschildert wird.

Legitimer Terror im Ausnahmezustand

Al-Karadawi steht für den Mainstream der arabisch-islamischen Welt. Seine Argumentation für eine Art legitimen Terror im „Ausnahmezustand“ ist weit verbreitet. Scheich Ahmed Jassin, der Gründer der Hamas, drückte es folgendermaßen aus: „Wenn wir einmal Kampfflugzeuge und Raketen haben, dann können wir darüber nachdenken, die Mittel der legitimen Selbstverteidigung zu ändern. Aber zum jetzigen Zeitpunkt können wir dem Feuer nur mit unseren bloßen Händen widerstehen und uns selbst opfern.“ Der schiitische Gelehrte und geistige Mentor der schiitischen Hizbollah, Scheich Hus-

sein Fadlallah, hatte die Anschläge vom 11. September 2001 verurteilt, während er sich für die palästinensischen Selbstmordattentate aussprach und bereits 1983 auch die Selbstmordanschläge auf französische und amerikanische Einrichtungen im Libanon gerechtfertigt hatte.

Forderungen nach einem grundsätzlichen Verbot von Selbstmordattentaten liest und hört man aber auch in den Zentren islamischer Gelehrsamkeit selten. Der frühere Rektor der renommierten Al-As‘har-Universität in Kairo, der im März 2010 verstorbene Scheich Muhammad Tantawi, hatte nach dem 11. September „im Namen der Scharia [...] alle Angriffe auf Zivilisten“ verurteilt, während er vor und nach dem 11. September vor arabischem Publikum immer wieder vom „Recht jedes Muslim, jedes Palästinensers und jedes Arabers“ sprach, „sich im Herzen Israels in die Luft zu sprengen [...], solange die Intention dahinter sei, die Soldaten des Feindes und nicht die Frauen und Kinder zu töten“.

Unterscheidung vom Selbstmord

Trotz ihrer Popularität ist die Legitimation von Selbstmordattentaten aus islamischer Sicht problematisch. Laut Sure 2,195 sollen sich Muslime „nicht [selber] ins Verderben“ stürzen und in Sure 4,29 heißt es: „Und tötet euch nicht (gegenseitig)!“ beziehungsweise „Und tötet euch nicht selber“. In einem weiteren Vers, der nach dem 11. September 2001 viel zitiert wurde und der fast wortwörtlich aus dem jüdischen Talmud übernommen worden ist, wird die Tötung eines Menschen mit der Tötung aller Menschen und die Erhal-

tung eines menschlichen Lebens mit der Erhaltung allen menschlichen Lebens gleichgesetzt. Die Überlieferung droht Selbstmördern mit der ewigen Verdammnis in der Hölle. Traditionell haben muslimische Länder die niedrigsten Selbstmordraten.

Aber nicht nur Al-Karadawi warnt eindringlich davor, „Märtyreroperationen“ mit Selbstmord gleichzusetzen. Bei dem Versuch, „Märtyreroperationen“ in Tschetschenien zu legitimieren, betont der so genannte „Rat muslimischer Gelehrter von der Arabischen Halbinsel“ den riesigen Unterschied „zwischen jemandem, der Selbstmord begeht – aufgrund seiner Unzufriedenheit, seines Mangels an Geduld oder aufgrund eines schwachen oder fehlenden Glaubens – und demjenigen, der [...] aus der Stärke des Glaubens und der Überzeugung heraus [...] sein Leben opfert, um dem Islam zum Sieg zu verhelfen und das Wort Allahs zu erhöhen“. Aus der Sicht dieser Rechtsgelehrten sind vor allem die Juden daran interessiert, diese Operationen mit Selbstmord gleichzusetzen, um dadurch Muslime von solchen Unternehmungen abzubringen. Muslimische Gegenstimmen werden dagegen meistens nur verhalten zum Ausdruck gebracht. Während die saudischen Machthaber und die ihnen nahestehenden Scheichs – aus Sorge um das weltweite Image des Islam – zu verschiedenen Anlässen die Tötung unschuldiger Zivilisten – auch in Israel – abgelehnt haben, erhalten die Familien von palästinensischen Selbstmordattentätern finanzielle Unterstützung von offiziellen saudischen Stellen.

Direkter Weg ins Paradies?

Während nationalistische Motive wie bei den japanischen Kamikazefliegern des Zweiten Weltkriegs, der Wunsch nach Ruhm und Ehre für die eigene Familie oder der Gedanke der Rache auch bei islamisch motivierten Anschlägen eine gewisse Rolle spielen können, kommt hier eine entscheidende religiöse Komponente hinzu. Da die islamische Werkgerechtigkeit den Gläubigen eigentlich bis zu seinem Tod im Ungewissen lässt, ob seine guten Werke ausreichen, um seine Schuld und sein Versagen auszugleichen, erscheint das Martyrium im Koran damit als der einzig sichere und direkte Weg ins Paradies. Sure 4,74 verspricht denen, „die das diesseitige Leben um den Preis des Jenseits verkaufen“ und „um Al-

lahs willen kämpfen“, einen „gewaltigen Lohn“ im Jenseits. Nach Sure 3,195 wird Allah „ihre schlechten Taten tilgen“ und „sie in Gärten eingehen lassen, in deren Niederungen Bäche fließen“.

Der Märtyrer wird daher in seinen blutbefleckten Kleidern begraben. Die obligatorische rituelle Reinigung und die Fürbitte am Grab entfallen. Der Betreffende wird demnach auch von den schmerzlichen Qualen der Befragung im Grab

(in diesem Fall amerikanischen) Feind, in dem auch der Einsatz von Selbstmordattentaten gerechtfertigt ist. Die Selbstmordattentäter des 11. Septembers 2001 folgten dem religiösen Laiengutachter Bin Laden, der wenige Jahre zuvor den „Juden und Kreuzfahrern“ sowie ihren Verbündeten den Krieg erklärt und dazu aufgerufen hatte, die Amerikaner „an jedem Ort“ und „zu jeder Zeit“ zu töten. Die verschiedenen islamischen Unterschei-



Nach einem Selbstmordanschlag auf einen Bus in Haifa im März 2003

verschont, vor der die islamische Überlieferung in erschreckend anschaulichen Bildern warnt. Darüber hinaus kann der Betreffende nach der Überlieferung Fürsprache für 70 Verwandte einlegen. Im Paradies erwarten den Gläubigen nach koranischer Darstellung zahlreiche sinnliche Freuden, zu denen unter anderem die schwarzäugigen und vollbusigen Jungfrauen gehören, nach der Überlieferung 72 an der Zahl. In islamischen Internetforen wird häufiger die Frage aufgeworfen, welche gleichwertige Belohnung die weiblichen Selbstmordattentäter erhalten, deren Zahl in palästinensischen, irakischen und tschetschenischen Milieus deutlich angestiegen ist.

Eine selbstmörderische Ideologie

Auch Dschihadisten wie Bin Ladens Al-Qaida berufen sich bei ihren Operationen auf die koranischen Paradiesversprechen. Sie deuten ihren Dschihad ebenfalls als Verteidigungs- und Befreiungskampf gegen einen übermächtigen

dungen zwischen erlaubtem und verbotenen Terror machen deutlich, wie sehr es auf die konkrete Definition bestimmter Begriffe ankommt: Worin besteht ein Angriff, wie weit geht Verteidigung, wer ist schuldig oder unschuldig, wer ein Zivilist und wer ein Soldat?

Der Verweis auf den Ausnahmezustand, in dem Verbotenes erlaubt ist, hat sich zu einem gefährlichen Bumerang für einzelne islamische Länder entwickelt. Auch die Glorifizierung muslimischer Opferbereitschaft erweist sich sprichwörtlich als selbstmörderische Ideologie in den zahlreichen innerislamischen Konflikten. Vor allem im Irak und in Afghanistan legitimieren islamistische Gruppen Selbstmordattentate gegen ihre eigenen Regierungen, rivalisierende Konfessionen oder politische Gruppierungen, die aus ihrer Sicht vom „wahren Islam“ abgefallen sind, weil sie „nicht nach dem urteilen, was Allah offenbart hat“. Ausgerechnet Al-Karadawi bedauert in vielen seiner Schriften, dass zwar Tausende Muslime bereit seien, für Allah zu sterben, aber sich kaum jemand finde, der gelernt habe, für Allah zu leben. ||

Leser fragen – Korrespondenten antworten

Frage Alexander Skurcz aus Bergisch Gladbach

In „Spiegel Online“ las ich kürzlich den Artikel: „Gewalt gegen Kinder durch Israels Armee“. Darin heißt es: „Gewalt gegen Minderjährige ist in den palästinensischen Gebieten alltäglich. In einem Bericht der Bürgerrechtsgruppe ‚Breaking

the Silence‘ schildern israelische Soldaten, wie sie Kinder und Jugendliche schlugen, verletzten und erniedrigten. Ihre Aussagen sollen künftige Wehrpflichtige aufrütteln.“ (Spiegel Online, 27.08.2012) Vielleicht können Sie das The-

ma aufgreifen? Wenn der Artikel sicher auch an Tatsachen anknüpft, so „wittet“ ich hier doch Ungemach. Dass Juden Kindern etwas antun, gehört ja auch immer zum Repertoire antisemitischer Vorurteile. ||

Antwort Johannes Gerloff aus Jerusalem

Zuerst einmal bleibt festzuhalten: Krieg ist immer etwas Schreckliches. Da werden auf beiden Seiten schlimme Dinge begangen.

Zweitens ist nicht die Frage, ob wir in den Krieg ziehen oder nicht, sondern wie wir damit umgehen. Wenn wir einmal vor unserem himmlischen Richter stehen, werden wir vielleicht erschreckt feststellen müssen, dass auch Wegsehen und die Hände-in-Unschuld-Waschen und sich bei alledem dann auch noch Besserfühlen ein Verbrechen sein kann...

„Breaking the Silence“ ist meiner Meinung nach eine vorbildliche Einrichtung. Es ist sehr gut, dass die israelische Gesellschaft offen mit den Problemen umgeht, die ihre Soldaten im Einsatz erleben – und sie nicht totschweigen, wie wir Deutschen das im Blick auf unsere Soldaten tun, die in Afghanistan dasselbe oder Schlimmeres erleben... und psychisch verkraften müssen...

Bei dem „Spiegel“-Artikel müssen Sie, wie üblich, viel zwischen den Zeilen lesen. Da wird etwa gesagt, dass der neunjährige Junge „um sein Leben flehte“. Wenn der „Spiegel“-Artikel stimmt, sind das sogar die Worte des israelischen Soldaten – was ich durchaus für möglich halte, dass ein israelischer Soldat so etwas sagt.

Jetzt ist aber die Frage: Warum „fleht“ der Junge „um sein Leben“? Weil die israelischen Soldaten darauf aus sind, Kinder zu töten, und nichts lieber den lieben langen Tag tun? (Allein schon die Tatsache der Existenz von „Breaking the Silence“ und dass dies Worte eines israelischen Soldaten sind, bezeugen etwas anderes...) Oder (einmal angenommen, dass es tatsächlich stimmt, dass der Junge „um sein Leben flehte“, und diese Aussage nicht eine maßlose Übertreibung des Israeli ist...): Fleht er um sein Leben, weil sei-

ne Eltern, seine Lehrer, seine Politiker und seine Gesellschaft ihm ein entsprechendes Bild von „den Juden“ vermittelt haben?

Erwähnt wird, warum im palästinensisch-israelischen Konflikt Soldaten gegen Kinder vorgehen: weil diese Steine werfen (und auch noch anderes tun...). Wie ist das in Deutschland, wenn Kinder Steine werfen – etwa von einer Autobahnbrücke auf die fahrenden Autos? Wie geht man mit denen um? Und was würde in Deutschland geschehen, wenn klar wäre, dass die Eltern nicht nur Verständnis für das Handeln ihrer Kinder haben, sondern diese vielleicht sogar auf die Autobahnbrücke geschickt haben?! – Es gibt einen Unterschied zwischen deutschen und palästinensischen Kindern: Palästinenser dürfen Steine werfen! (Zumindest scheint man das in der Welt zu denken...)

Das wurde mir mal ganz deutlich, als mein kleiner Sohn mit seinem holländischen Freund Steine auf mein Auto warfen. Sie können sich vorstellen, wie ich reagiert habe... Auf meine empörte Frage, was das solle, antworteten mir die beiden damals etwa achtjährigen Knirpse: „Wir dürfen das. Wir sind Palästinenser!“

Ein israelischer Soldat, der ein palästinensisches Kind als Schutzschild einsetzt, weiß, dass er etwas Illegales tut. Ein palästinensischer Freiheitskämpfer, der ständig sein sechsjähriges Kind bei sich hat, obwohl er schwer bewaffnet und bedroht ist (habe ich selbst gesehen!), ist dagegen eine Selbstverständlichkeit, nicht nur nach palästinensischem Recht, sondern auch in den Augen der Welt.

Dass „Breaking the Silence“ die „wachsende Unmoral des israelischen Militärs“ anprangert, ist richtig und gut und die Aufgabe von „Breaking the Silence“ – und es ist überhaupt keine Frage, dass es Un-

moral im israelischen Militär gibt. JEDER Soldat und Offizier wird das bestätigen.

Inwieweit die Unmoral „wachsend“ ist, müsste untersucht werden. Dass es „Breaking the Silence“ (wie übrigens jeder Großmutter...) so vorkommt, dass früher alles besser war, liegt in der menschlichen Natur begründet, und wird noch dadurch verstärkt, dass wir aller Realität zum Trotz immer noch und vollkommen beratungsresistent (etwa gegenüber der Bibel) daran glauben, dass alles besser wird.

Der „Spiegel“-Artikel liefert Ihnen die Meinung der israelischen Armee über „Breaking the Silence“ und sogar noch das Umfeld, nämlich eine israelische Gesellschaft, in der man die Freiheit hat, an öffentlichen Schulen ein „schlechtes Licht“ (nach Ansicht der Armee) auf die Armee zu werfen, um so die künftigen Soldaten auf „die bittere Wirklichkeit in den besetzten Gebieten“ vorzubereiten.

Schlimm ist an diesem „Spiegel“-Artikel nicht die Berichterstattung an sich, sondern das Umfeld, in dem dieser Artikel geschrieben wurde, steht und gelesen wird. Schlimm ist der zwar nicht sichtbare, aber doch umso deutlicher dastehende moralisierende Zeigefinger und die Annahme, nur jüdische Soldaten würden so schlimm gegen Kinder vorgehen. Interessant wäre ein Vergleich mit Armeen in vergleichbaren Situationen – nur kommen wir da nur sehr schwer an Material, weil sich kaum eine Armee weltweit so problemlos auf die Finger schauen lässt, wie die israelische Armee.

Vielleicht bleibt uns nur eins: Für die israelischen Soldaten, die unter derart schwierigen Umständen ihren Dienst tun müssen, zu beten – und denken Sie dabei besonders an die vielen Jesus-gläubigen Soldaten in der israelischen Armee, die es in vieler Hinsicht nicht leicht haben. ||

Meldungen



Foto: Israelnetz

Ehud Olmert

Die Olmert-Saga

Zum ersten Mal in der Geschichte ist ein ehemaliger Premierminister Israels verurteilt worden. Ehud Olmert wurde wegen Vertrauensbruchs zu umgerechnet 15.000 Euro Geldstrafe und einem Jahr Gefängnis „auf Bewährung“ verurteilt. Die Bahn zu einem erneuten öffentlichen Amt steht ihm theoretisch trotzdem frei.

Trotz der schwerwiegenden Vergehen Olmerts, im Amt beim Investitionszentrum gute Freunde begünstigt zu haben, berücksichtigten die Richter die große von ihm erlittene „Strafe“, nämlich das höchste Amt im Staat durch Rücktritt verloren zu haben. Im Falle einer faktischen Gefängnisstrafe hätte er sieben Jahre lang eine Auszeit nehmen müssen. Seine Parteifreundin, die ehemalige Parlamentsvorsitzende Dalia Itzik, sprach von einer „Ungeheuerlichkeit“. Die unerwartet leichte Strafe zeige, dass Olmert sich keiner echten Verbrechen schuldig gemacht habe. Dennoch sei er zu Unrecht aus dem Amt verstoßen worden. Der Anlass für seinen Rücktritt war ausgerechnet der Verdacht, im Investitionszentrum Freunde begünstigt zu haben. Die Richter stellten fest, dass er keinen absichtlichen Betrug begangen habe. Olmert hat seit seinem Rücktritt schon mehrere Prozesse mit einem Freispruch mangels Beweisen gewonnen. Dennoch ist die Saga noch nicht abgeschlossen. Noch steht der „Holyland-Prozess“ aus, benannt nach einem monströsen Bauprojekt im Süden Jerusalems. Olmert habe in seiner Zeit als Bürgermeister der israelischen Hauptstadt Bestechungsgelder der Bauunternehmer angenommen, um ihnen mehr Wohnungen zu genehmigen, als vorgesehen. || Ulrich W. Sahn

Preis für Hirnforschung

Die gemeinnützige Organisation „Israel Brain Technologies“ hat die Vergabe eines neuen Preises für außergewöhnliche Leistungen im Bereich der Hirnforschung bekanntgegeben. Die Gruppe wird dabei von Israels Staatspräsident Schimon Peres unterstützt.

Dotiert ist die Auszeichnung mit einer Million Dollar. Der Preis wird von privaten Spendern aus Israel und dem Ausland gesponsert. Er kann an Einzelpersonen oder Teams aus der ganzen Welt verliehen werden, die von einer internationalen Experten-Jury ausgewählt werden. Die erste Preisvergabe soll im kommenden Jahr erfolgen. || Dana Nowak

SCHECHINGER *Tours*

Reisen mit Schechinger-Tours – wir laden herzlich ein!

**Israel-Sonderreise
in den Faschingsferien**
Mit Georg Turner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 10.02.2013 – 17.02.2013

Israel-Frühlingsreise
Mit Georg Turner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 18.02.2013 – 25.02.2013

Israel-Osterreise
Mit Johannes Vogel (Bibel-Center Breckerfeld),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 31.03.2013 – 11.04.2013

Israel-Erlebnisreise
Mit Evangelist Willi Buchwald (Helmenzen)
und Manfred Weßler (Dierdorf)
vom 05.04.2013 – 14.04.2013

Israel-Festreise-Pfingsten
Mit Georg Turner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 19.05.2013 – 31.05.2013

**Israel-Erlebnisreise
„Wüste, Meer und mehr“**
Mit Klaus Eberwein (Bibel-Center Breckerfeld),
Markus Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
und Dorothee Black (Ma'ale Adumim/Israel)
vom 28.07.2013 – 07.08.2013

**Israel Kur- und Erholungsreise zum
Toten Meer**
Mit Georg und Elisabeth Turner (Bad Liebenzell)
Vom 16.09.2013 – 30.09.2013

Israel-Inforeise
Für Pfarrer, Gruppenplaner und Verantwortliche.
Zur Planung einer eigenen Gruppenreise nach Israel.
vom 28.01.2013 – 04.02.2013

Bitte fordern Sie unsere Reiseprospekte kostenlos an!

SCHECHINGER *Tours* Walter Schechinger
Im Kloster 33 • D - 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804
e-mail: info@schechingertours.de • www.schechinger-tours.de

Aus für Schmuggeltunnel?

Seit Jahren blüht im Gazastreifen die sogenannte „Tunnelindustrie“. Waren des täglichen Bedarfs, Menschen, Tiere, Drogen, Waffen und sogar Autos werden durch unterirdische Gänge von Ägypten in das Palästinensergebiet geschmuggelt. Doch nicht nur Israel sind die Tunnel ein Dorn im Auge. Auch das Ägypten unter Mohammed Mursi hat dem Schmuggel den Kampf angesagt. Hamas-Vertreter sind besorgt. || Dana Nowak



Foto: Marius Arnesen, flickr, CC-BY-NC 2.0

Die ägyptische Regierung lässt Schmuggeltunnel an der Grenze zwischen dem Sinai und dem Gazastreifen zerstören.

Als Hosni Mubarak noch Präsident von Ägypten war, hat die ägyptische Armee gelegentlich solche Tunnel zerstört. Am 5. August hatten Dschihadisten das Feuer auf ägyptische Grenzpolizisten auf der Sinai-Halbinsel eröffnet und dabei 16 von ihnen getötet. Die Regierung in Kairo vermutet, dass einige der Angreifer für den Anschlag die Tunnel zwischen dem Gazastreifen und der Sinai-Halbinsel genutzt haben. Seitdem geht auch sie gegen die Schmuggeltunnel vor.

Mitte September gab es im Gazastreifen erste öffentliche Proteste gegen das Vorgehen Ägyptens. Wie die palästinensische Nachrichtenagentur „Ma'an“ am 18. September berichtete, hatten sich Hunderte Anhänger der Hamas an der Grenze zu Ägypten versammelt, um gegen die Zerstörung der Tunnel zu protestieren. Sie skandierten unter anderem: „Die Schließung der Tunnel ist eine Todesstrafe für Gaza.“

Mitglieder der Hamas-Regierung wandten sich daraufhin an die Führung

in Ägypten. Sie baten Kairo, alternative Handelswege zu prüfen, beispielsweise die Einrichtung einer Freihandelszone. Dies würde die Steuereinnahmen erhöhen. Außerdem könne dadurch die Kontrolle der Importwaren in den Gazastreifen durch Israel und die rivalisierende Fatah-Partei umgangen werden, so die Hamas-Vertreter laut des Berichts.

Auch die Tunnelbetreiber klagen. Einer von ihnen ist Abu Abdallah. Er erklärte laut „Ma'an“: „Das Tunnelgeschäft versiegt und ägyptische Sicherheitskräfte arbeiten Tag und Nacht, um die Tunnel zu versiegeln. In einer Gegend entlang der Grenze wurden 180 Tunnel geschlossen.“ Die Schließungen hätten zu einem Anstieg der Preise für Lebensmittel und Baumaterialien geführt. „Der Bau-Boom in Gaza wird bald ein Ende haben, wenn alle Tunnel, über die Schotter gebracht wurde, von ägyptischen Sicherheitskräften blockiert wurden“, so Abdallah weiter. Nach eigenen Angaben beschäftigt der Tunnelbesitzer 40 Arbeiter.

Ali, ein anderer Tunnelbetreiber, sagte gemäß „Ma'an“, der Import von Baumaterial sei unmöglich geworden. Ägyptische Lieferanten hätten die Preise erhöht, die Hamas habe den Tunnelbetreibern jedoch verboten, ihre Preise an die Steigerung anzupassen. „Eine Tonne Zement kostet jetzt 400 Schekel (umgerechnet rund 80 Euro). Aber die Hamas zwingt uns, für 370 Schekel zu verkaufen. Das bedeutet, dass ich Verlust mache noch bevor ich die Arbeiter bezahlt habe, die die Güter durch die Tunnel gebracht haben“, erklärte Ali. Er und viele andere hätten die Arbeit daher derzeit niedergelegt.

Experte warnt vor Wirtschaftskatastrophe

Maher al-Tabba'a, ein Wirtschaftsexperte in Gaza, teilte laut des Berichts mit, rund 30 Prozent der Waren im Gazastreifen würden über Schmuggeltunnel in das Gebiet gebracht. Von den verkauften Lebensmitteln würden nach Angaben von Tunnelbetreibern etwa 80 Prozent durch die unterirdischen Gänge in den Gazastreifen geschmuggelt. „Wenn die Tunnel geschlossen werden, wird es einen totalen Zusammenbruch in Gaza geben. Es würde eine wirtschaftliche Katastrophe erleiden“, so Al-Tabba'a.

Israel und Ägypten hatten den Gazastreifen im Juni 2007 abgeriegelt, nachdem die Hamas dort die Macht übernommen hatte. Ägypten hat nach dem Sturz von Ex-Präsident Mubarak den Grenzübergang Rafah zwar wieder geöffnet, lässt jedoch kaum Waren in das Gebiet. Israels Regierung hat die Beschränkungen in den vergangenen zwei Jahren stark gelockert. Laut Ibrahim Dschaber vom Planungsministerium der Hamas-Regierung wurden im Jahr 2011 Güter im Wert von rund einer Milliarde Dollar über Israel in den Gazastreifen transportiert. ||

Biblische Betrachtung

Israel und Gemeinde



Welchen Weg geht Israel in der Geschichte? Welche Bedeutung hat Israel heute? Israel und die Heilsgeschichte, das ist von Anfang an ein Thema für die neutestamentliche Gemeinde. Es gab und gibt die Einstellung: Israel hat seinen Messias verworfen und hat so das Heil verloren. Land und Volk Israel haben demnach in der Gegenwart keine Bedeutung für Gottes Heilsgeschichte mit dieser Welt. || Egmond Prill

Als „Ersatztheologie“ ist das bis in unsere Tage zu lesen und zu hören. Die Botschaft heißt: Die Gemeinde ersetzt Israel. Ich habe den Eindruck, das in den letzten Jahren wieder verstärkt zu hören. Im zweiten Jahrhundert nach Christus gab es Bestrebungen, das Alte Testament komplett zu streichen und nur „gereinigte“ Evangelien als verbindliche Schriften zu achten. Bereits Paulus musste solchen Gedanken begegnen. Er nimmt die Frage im Römerbrief auf: „Hat denn Gott sein Volk verstoßen?“ (Römer 11,1).

Erwählung bleibt

Klare Frage, klare Antwort: „Das sei ferne! Gott hat sein Volk nicht verstoßen, das er zuvor erwählt hat.“ Israels Erwählung bleibt. Gottes Berufung ändert sich nicht. Sie steht oder fällt nicht mit dem Wetter und nicht mit Israels Versagen. Selbst Israels Streben weg von Gott hat die Haltung Gottes nicht geändert. Seine Erwählung hält. Sie hält, auch wenn Israel die Beziehung zu seinem Gott immer wieder loswerden will. Israel ist wie ein roter Faden, der sich durch die Heilsgeschichte zieht. Die Erwählung Israels aus den Völkern schafft ein bleibendes Gegenüber zur Völkerwelt. Mit der Berufung Abrahams und der Berufung Jakobs – du sollst nicht mehr Jakob, sondern „Israel“ heißen – wird diese Erwählung bekräftigt. Deshalb betont Paulus im Abschnitt Römer 9-11 gleich am Anfang, wo er von seinen „Stammverwandten“ spricht: die „Israeliten“ sind. Sie sind es, sie bleiben es. Und so ist Israel im wahrsten Sinne des Wortes der Stammbaum für die „Jesus-Gläubigen“ aus den Völkern. Ja, es ist so: Sie (das heißt: die Gemeinde aus den Völkern) werden unnatürlich in den natürlichen Ölbaum Israel eingepfropft. Die Völker kommen durch den Glauben an Israels Messias zu den Verheißungen und Segnungen, die Gott Israel gab. Gläubige aus den Heiden erhalten durch Gottes Liebe aus Gnaden das Heil, haben Anteil am Saft des „edlen Baumes“. Und Israel wurde ebenfalls aus Gnaden geführt: „So spricht der HERR: Das Volk, das dem Schwert entronnen ist, hat Gnade gefunden in der Wüste; Israel zieht hin zu seiner Ruhe.“ (Jeremia 31,2)

Liebe bleibt

Im Auf und Ab der Geschichte Israels bleiben Fragen: Warum so? Warum oft so leidvoll? Warum nicht anders und einfacher? Fragen sind es, die auch angesichts des Leidens und Sterbens jenes Menschen aus dem Stamm Davids und zugleich Sohn des lebendigen Gottes aufkommen. Der Messias Israels leidet,

wie auch das Volk Israel leidet. Gott zeigt der Welt seine Herrlichkeit und seine Heiligkeit in Gericht und Gnade. In aller Trübsal aber trägt Gottes Liebe durch. Das sehen wir bei Hiob. Das erfahren wir von Jeremia: „Die Güte des HERRN ist's, dass wir nicht gar aus sind, seine Barmherzigkeit hat noch kein Ende, sondern sie ist alle Morgen neu, und deine Treue ist groß.“ (Klagelieder 3,22-23).

Die Liebe wird wertvoll durch die Treue. Gottes Gerichte wollen am Ende nicht hinrichten, sondern aufrichten und neu ausrichten. So sehen wir bis heute an der Geschichte und dem Geschick Israels Gottes Liebe und Treue, auf die auch die Gläubigen in der Gemeinde bauen dürfen. Paulus hält es uns vor Augen und schreibt uns das auf: „Ist Gott für uns, wer kann wider uns sein?... Denn ich bin gewiss, dass weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch eine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn.“ (Römer 8,31+38).

Hoffnung bleibt

Schauen wir heute auf Israel, dann sehen wir einen Staat im Nahen Osten, ein Volk weltweit verbreitet, eine Religionsgemeinschaft daheim in vielen Ländern. Dabei ist Israel heute so auf dem Weg, wie es durch die Zeiten meist ging: Eigenwillig, eigensinnig und nicht immer in der Spur Gottes. Doch da hilft der Gemeinde ein Blick in den Spiegel, er bewahrt vor Überheblichkeit. Alle leben aus der Gnade. „Ich will euch, liebe Brüder, dieses Geheimnis nicht verhehlen, damit ihr euch nicht selbst für klug haltet: Verstockung ist einem Teil Israels widerfahren, so lange bis die Fülle der Heiden zum Heil gelangt ist; und so wird ganz Israel gerettet werden.“ (Römer 11,25-29).

Wie in der Betrachtung „Tod dem Zeugen!“ (Israelreport 4/2012-4) beschrieben, sind die an den Gott Israels Gläubigen aus den Völkern und Israel als Gottes Bodenpersonal mehr miteinander verbunden als ihnen manchmal lieb ist. Gerade für die Gemeinde ist im Blick auf Israel festgeschrieben: „Tröstet, tröstet (ihr) mein Volk! spricht euer Gott.“ (Jesaja 40). Soll Israel sich selber trösten? Oder sind andere angesprochen, die nicht Israel sind und zugleich doch diesem Gott Israels gehören?! Wo und wie kann die Gemeinde für Israel heute Trost und Licht sein in der Hoffnung, dass Gottes Güte schließlich auch Israel zu neuem Leben erweckt (Römer 11,15) und rettet? Und so halten wir fest: „Gottes Gaben und Berufung können ihn nicht gereuen.“ (Römer 11,29). ||

Veranstaltungen mit Johannes Gerloff

70. Kurzbibelschule auf der Langensteinbacher Höhe 28. bis 29. Oktober 2012

„Gott hält Wort – bestes Beispiel: Israel“

Mit Johannes Gerloff, Paul Reinle, Andreas Schäfer, Reiner Wörz

[Informationen/Anmeldung](#)

Langensteinbacher Höhe | Karlsbad-Langensteinbach | Telefon (07202) 702-0 | info@lahoe.de



ISRAEL-Kongress in Krelingen 21. bis 25. November 2012

22. - Gottes Bund mit Abraham (1. Mose 12,1-3) Johannes Gerloff

23. - Referenten-Talkrunde zu aktuellen Themen | Dr. J. Bühler, C. Matussek, U.W. Sahm, J. Gerloff

24. - Prophetie heute: Anleitung zur Spekulation? Johannes Gerloff

[Informationen/Anmeldung](#)

Geistliches Rüstzentrum | 29664 Walsrode | Telefon (05167) 9700 | www.grz-krelingen.de

27. November 2012, 19.30 Uhr

10967 Berlin, Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Berlin SW e.V., Hasenheide 21

Reisen

Israelwoche in Oberstdorf – „Orient im Umbruch“

12. bis 19. Januar 2013

Die Welt schaut nach Nordafrika und in den Nahen Osten. Jerusalem wird zum Taumelbecher für die Völker rings um Israel und zum Laststein für alle Nationen. Der lebendige Gott, in Liebe und Treue seinem Volk verbunden, hat Israel getragen und der Welt zum Segen gesetzt. Es geht um die Lage des modernen Staates Israel und die Konflikte zwischen Nil und Euphrat mit ihren politischen Ursachen und religiösen Prägungen.

[Informationen/Anmeldung](#)

Christliches Gästehaus Bergfrieden | Oytalstraße 4 | 87561 Oberstdorf

Telefon (0 83 22) 95 98-0 | Telefax (0 83 22) 95 98-222 | info@bergfrieden-oberstdorf.de

Israel-Studienreise

2. bis 12. Mai 2013 Leitung Egmond Prill, Thomas Peters

Herzliche Einladung zu dieser einzigartigen Bildungsreise. Entdecken Sie das Land Israel ganz aus der Nähe.

Eine Reise, die uns von der Südspitze Israels, durch das ganze Land führen wird. Von Eilat aus können Sie Meer und Wüste entdecken, eine Tagestour nach Petra in Jordanien machen. Wir fahren weiter zum Toten Meer, wo wir eine Nacht bleiben. Danach fahren wir durch das Jordantal bis zum See Genezareth, wo uns der gastliche Kibbuz Kinnar erwartet. Die Reise führt uns schließlich nach Jerusalem, der heiligen Stadt und Hauptstadt des Staates Israel.

[Informationen/Anmeldung](#)

Israelnetz | Postfach 1869 | 35528 Wetzlar

Telefon (0 64 41) 9 15 151 | info@israelnetz.com

Veranstaltung



mit Egmond Prill



Israeltage im „Haus Gertrud“

Jonsdorf (Oberlausitz)

22. bis 25. November 2012

„Pulverfass Nahost – Israel zwischen Krieg und Krisen“
Umbrüche im Orient machen Schlagzeilen. Was in und um Israel geschieht, bewegt die ganze Welt. Weltgeschichte und Weltpolitik verdichten sich im Pulverfass Nahost. Hören Sie Biblisches, Politisches, Aktuelles. Gönnen Sie sich besondere Tage im Zittauer Gebirge vor den Toren Dresdens.

[Informationen/Anmeldung](#)

Haus Gertrud | Großschönauer Str. 48

02796 Kurort Jonsdorf

Telefon (03 58 44) 7 35-0

www.haus-gertrud.de | info@haus-gertrud.de



Israelreport

Ja, ich bestelle kostenlos den Israelreport.

Der Israelreport erscheint sechsmal jährlich kostenlos zusammen mit dem Christlichen Medienmagazin pro.

Bitte senden Sie mir den werktäglichen E-Mail-Newsletter von Israelnetz. (Bitte E-Mail-Adresse angeben!)



Name

Anschrift

PLZ | Ort

E-Mail

Bitte senden Sie das Formular per Post oder Fax an Israelnetz. Bestellung auch am Telefon unter: (0 64 41) 9 15 151 oder im Internet: www.israelnetz.com.